



Der württembergische Staatshaushaltsplan für die Rechnungsjahre 1931 und 1932

Die württembergische Regierung hat diesmal wieder den Planentwurf für zwei Jahre zusammen aufgestellt, nämlich für die Rechnungsjahre 1931 und 1932. In der Zeit von 1871 bis 1914 war dies die Regel, ist aber auch nach der Verfassung von 1919 ausnahmsweise zulässig. Von dieser Möglichkeit wurde bisher nur einmal Gebrauch gemacht für die Jahre 1926 und 1927. Die derzeitigen ganz besonderen Schwierigkeiten unserer finanziellen Lage zwingen auch zur Anwendung dieses Mittels, um die Ausgabenwirtschaft der einzelnen Verwaltungen und des Staats überhaupt einzuschranken. Dazu kommt, daß die zahlreichen an der Aufstellung des Haushaltsplans beteiligten Stellen, die vom nächsten Rechnungsjahr an unter Personaleinsparung zu arbeiten haben werden, kaum mehr instande sind, neben den laufenden Geschäften her jedes Jahr die umfangreiche Planarbeit fristgemäß und mit der erforderlichen Sorgfalt zu bewältigen. Ein dauerndes Abgehen von den einjährigen Planzeiten ist nicht beabsichtigt.

Aufbau und Einteilung des Plans sind im wesentlichen beibehalten. Der im Gutachten des Reichspar-Kommissars empfohlene Uebergang zum sogenannten Bruttosystem ist noch nicht vollzogen; auch der vorliegende Entwurf ist im großen und ganzen nach dem Nettosystem aufgestellt, d. h. es sind an den Staatsausgaben die mit ihnen unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungseinnahmen und Erlöse und bei den staatlichen Einnahmen die gegenüberstehenden Verwaltungskosten in Abzug gebracht. Mit einer völligen Umstellung zum Bruttosystem soll zugewartet werden, bis feststeht, was die württembergische Staatshaushaltsordnung hierwegen bestimmen wird.

Sachlich war das Ziel bei der Aufstellung des Entwurfs, einen Ausgleich zwischen Staatsbedarf und Deckungsmitteln zu finden, ohne Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern. Das zu erreichen, war nicht leicht, stand doch schon zu Beginn der Planarbeit fest, daß auf der Einnahmeseite sehr erhebliche Ausfälle zu gewärtigen und daß andererseits zwangsläufig hohe Ausgabeerweiterungen unvermeidlich seien. Dabei war im 1930er Plan trotz starker Eindämmung aller Ausgaben ein großer voranschlagsmäßiger Abmangel verblieben, dessen Abdeckung die noch vorhandenen Reserven in einem Umfang beanspruchen dürfte, daß mit großen Ausgleichsbeträgen dieser Art nicht mehr gerechnet werden konnte. Von den Einnahmehemmnissen seien genannt die bei den Reichsteuern mit (brutto) 7 330 000 Reichsmark für jedes Jahr, ferner die Forsterlöse mit einem Ausfall an den Rohereinnahmen von 7 Millionen RM., der durch Heranziehung des Forsterlovesfonds auf 6 Millionen gesenkt werden soll und dem auf der Ausgabe Seite nur eine Ersparnis an Gewinnungsstoffen von rund 1,6 Millionen entgegengesetzt werden kann. Von den Ausgabeerweiterungen seien erwähnt die für soziale Fürsorge (mehr 700 000 RM. für 1931 und 900 000 RM. für 1932), für Arbeitslosenfürsorge (je mehr 1 050 000), sowie für Verforungen, d. h. Ruhegehälter, Unterstützungen u. dgl. (1931 mehr 2 095 000 Reichsmark, 1932 mehr 2 795 000 RM.).

Wenn trotzdem das gesteckte Ziel erreicht worden ist, so konnte das nur mit Hilfe zahlreicher außerordentlicher Maßnahmen gesehen, die vor allem eine Ausgabeenkürzung bewerkstelligten. Ohne erhebliche Härte und rücksichtslose Eingriffe bei allen Verwaltungen ging es dabei nicht ab. Es handelt sich vor allem um folgende Anordnungen:

1. Auf Neuschaffung oder Hebung von Planstellen wurde von vornherein grundsätzlich verzichtet. Neue Stellen wurden nur vereinzelt zugelassen.
 2. Ueber die Festlegung der Zahl der nichtplanmäßigen Beamten und Angestellten auf den Stand vom 15. September hinaus ist für die Jahre 1931 und 1932 eine jährliche Ausgabeenkürzung beim unständigen Personal einschließlich der Angestellten um 1 Million RM. angeordnet worden.
 3. Dreimonatige Beschnungssperre für freierwerbende Planstellen unter Zulassung von Ausnahmen bei ganz dringenden dienstlichen Bedürfnissen.
 4. Am ergiebigsten nach der finanziellen Wirkung ist die bekannte Kürzung der Bezüge der Staatsbeamten und Angestellten um 6 Prozent.
 5. Die sachlichen und vermischten Ausgaben waren regelmäßig um 10 Prozent zu kürzen. Ausnahmen ergaben sich bei gesetzlichen, vertraglichen und anderen Verpflichtungen.
 6. Die Rückverwandlung persönlicher gehobener Stellen soll beschleunigt und es soll die Altersgrenze um 1 Jahr, auf das vollendete 68. Lebensjahr, hinaufgesetzt werden.
- Eine Berücksichtigung der Einsparungen auf dem Personalgebiet bei den einzelnen Titeln mußte unterbleiben, um die Fertigstellung des Plans nicht noch weiter aufzuhalten. Es ist dafür ein Gesamtbetrag von rund 7,9 Millionen RM. als Weniger Ausgabe eingestellt. Nur bei den Staatsleistungen für die Kirchen und bei den Landestheatern ist die Kürzung bei den Kapiteln selbst vorgenommen.

Tagespiegel

Der Ausschuh zur Beratung der Arbeitslosenfrage ist am Donnerstag unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zusammen. Das Arbeitsprogramm wurde nach folgenden Gesichtspunkten geordnet: 1. Produktive Gefaltung der Arbeitslosenhilfe, 2. Verteilung der Arbeit nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten (Arbeitsvermittlung, Arbeitszeitverkürzung, Doppeloeldner, Verlängerung der Schulpflicht u. a.), 3. Preisbildung und Lohnpolitik in ihrem Einfluß auf den Arbeitsmarkt; 4. Arbeitsmarkt und Landwirtschaft, Arbeitslosigkeit und innere Kolonisation; 5. Pflichtenbau, Arbeitsdienstpflicht, freiwilliger Arbeitsdienst, Arbeitsförderge; 6. die unterstützende Arbeitslosenhilfe: Versicherung, Arbeitsunterstützung, öffentliche Fürsorge, ihre Voraussetzungen, Grenzen, Leistungen, ihr Aufbau und ihr Verhältnis zueinander. — Die zweite Sitzung findet am 23. Februar statt.

Die Nationalsozialisten haben im sächsischen Landtag einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht.

Ihre Mitwirkung beim Volksbegehren des Stahlhelms in Preußen (Auflösung des preussischen Landtags) haben zugesagt die Deutschnationale Volkspartei, der Reichsstandbund, die Landvolkpartei und die Wirtschaftspartei. Der nationalsoz. Abgeordnete Kuhn erklärte, die Nationalsozialisten werden für das Volksbegehren eintreten. Die Deutsche Volkspartei teilt, ihre gestrige Erklärung ergänzend, mit, daß sie sich zwar parteiunabhängig am Volksbegehren nicht beteilige, es sei aber nicht zu bezweifeln, daß die Parteimitglieder das Vorgehen des Stahlhelms unterstützen werden.

Der Belagerungszustand über Madrid ist aufgehoben worden. Auch die Zensur soll demnächst aufgehoben werden.

In Argentinien wurde der Belagerungszustand verschärft.

Der indische Nationalistenführer Pandit Motilal Nehru ist nach längerer Krankheit gestorben.

Die Ausgaben und Einnahmen

Der Planentwurf schließt ab im Ordentlichen Dienst mit einer gesamten (Roh-) Ausgabe von 237 762 132 RM. für 1931 und 238 335 033 RM. für 1932, der je Gesamteinnahmen in gleicher Höhe gegenüberstehen; unter diesen laufen als Zuschuh aus dem Außerordentlichen Dienst für das 1. Jahr 1 709 009 RM., für das 2. Jahr 2 394 909 RM. Von der Gesamtroh-Ausgabe entfallen 62 Prozent auf persönliche und 38 Prozent auf sachliche und vermischte Ausgaben. 1930 war das Verhältnis 60:40. Beim Außerordentlichen Dienst stellen sich Ausgaben und Einnahmen je auf 12 763 918 RM.

Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Justizverwaltung

Der Zuschuhbedarf ist um 487 450 bzw. 495 450 RM. niedriger. Dies rührt besonders von einem geringen Zuschuhbedarf der Landesstrafanstalt her; auch bei den Gerichten ist dieser etwas zurückgegangen.

Innenverwaltung

Der Zuschuhbedarf ist um 5 211 075 bzw. 5 472 975 RM. verringert, wovon rund 4,6 bzw. 4,7 Millionen RM. auf Abstriche beim Straßen- und Wasserbau entfallen. Auch der Polizeetat weist im ganzen eine beträchtliche Weniger Ausgabe auf, namentlich für 1932 (— 247 000 RM.). Der Aufwand für den Straßenbau ist noch mit je 9 137 000 RM. angelegt, während von der Kraftfahrzeugsteuer nur ein Ertrag von 8 900 000 RM. erwartet werden kann. Nur bei zwei Kapiteln liegt ein größerer Mehrbedarf vor. Er rührt her bei den „Besonderen Verwaltungskosten“, von der im Jahr 1932 fälligen Landtagswahl, dem gesteigerten Besuch der Wanderarbeitsstätten und beim Veterinärwesen von den stark erhöhten Ausgaben für Tierseuchenbekämpfung und Entschädigungen für Viehverluste. Neben der Senkung der Ausgaben wurde eine möglichst weitgehende Steigerung der Einnahmen angestrebt. Unter den einmaligen Ausgaben stehen u. a. je 1 920 000 RM. zur Fortführung der Arbeiten am Neckarканал.

Kultoverwaltung

Der Zuschuh ist um 2 171 789 bzw. 2 284 189 RM. gesenkt. Bei dieser Verwaltung entfallen ungefähr 10 Prozent der gesamten Ausgaben auf den sachlichen, fast 90 Prozent auf den persönlichen Teil. Von den Staatsleistungen für die Kirchen entfallen auf die evangelische Kirche im Jahr 1931: 8 744 200 RM., auf die katholische Kirche 4 275 620 RM., die Zahlen des Jahres 1932 sind 8 742 700 und 4 253 120 RM.; der Staatsbeitrag für die israelitische Religionsgemeinschaft ist je 31 000 RM. Der Weniger Aufwand gegenüber 1930 beläuft sich insgesamt auf 824 519 RM. (1931) und 866 519 Reichsmark (1932). Die drei Hochschulen erfordern an Zuschüssen im Jahr 1931: Universität 2 626 300 RM., Landw. Hochschule 542 800, Techn. Hochschule 1 722 800 RM., im

Jahr 1932: 2 560 100, 542 800 und 1 793 500 RM. Bei der Techn. Hochschule soll das Laboratorium für Kraftfahrwesen zu einer Forschungsanstalt ausgebaut werden. Die Universität bekommt 50 000 RM. als Grundstock zur Anschaffung von Radium. Der Zuschuhbedarf für die höheren Schulen ist außer durch die allgemein vorgenommenen Abstriche noch durch eine mäßige Erhöhung der Schulgelder verbessert worden. Bei den Lehrerbildungsanstalten ist der Zuschuhbedarf höher wegen Vermehrung der Klassenzahl. Beim Landesamt für Denkmalpflege werden nur noch für zwei kirchliche Baudenkmäler Staatsbeihilfen gegeben, nämlich die Instandsetzung des Turms der Klankirche in Heilbronn und die Wiederherstellung der Barockkirche in Steinhausen, O. M. Waldsee. Weitere Staatsbeihilfen für das Münster in Ulm, das Heilalkreuz-Münster in Gmünd und die Wallfahrtskirche auf dem Schönenberg bei Ellwangen sollen aus den Mitteln für Kirchen- und Pfarrhausbaubeiträgen, die nicht gekürzt worden sind, bestritten werden. Der Theaterleitung ist auferlegt worden, außer der 6prozentigen Kürzung sämtlicher Besoldungen und Gehältern im Betrag von rund 162 000 RM. für 1931 noch 100 000 RM., für 1932 noch 160 000 RM. einzusparen. Danach beträgt der Zuschuhbedarf für 1931 noch 1 660 000 RM., für 1932 noch 1 600 000 RM. anstatt 1 932 000 RM. im Vorjahr. Der Staat ist an dem Zuschuh aber nur mit 60 Prozent beteiligt. Die Beiträge für die Stadttheater in Ulm und Heilbronn mußten auf die Hälfte heruntergesetzt werden.

Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erfordert ein Weniger an Zuschuh für 1931 von 3 072 700 und für 1932 von 3 976 500 RM. Meiner für Hochbauten sind 2,4 bzw. 3,2 Millionen einmahlige Ausgaben weniger vorgesehen. Fortgeführt werden die begonnenen Wohnungsanlagen, die Aula und Chirurgische Klinik in Tübingen, der Erweiterungsbau beim Landesgefängnis Hall, ferner der Heilanstalt Weihenau. Für die in Aussicht zu nehmende Volks-, Büro- und Betriebszahlung sind 135 000 RM. erstmalig eingestellt.

Wirtschaftsverwaltung

Der Bedarf ist ebenfalls gesenkt worden; trotzdem ergibt sich ein Mehrbedarf gegenüber 1930 in Höhe von 1 118 940 Reichsmark für 1931 und von 1 318 940 RM. für 1932 als Folge der bedeutenden Mehraufwendungen für soziale und Arbeitslosenfürsorge. Für die in Gang befindlichen Arbeiten hat der württ. Staat voraussichtlich aufzubringen: Zum Ausbau des zweiten Gleises der württ. Nord-Südstrecke 1931 rd. 6 250 000 RM., 1932 rd. 6 000 000 RM., für die Beteiligung an der Verbesserung des Hochwasserabflusses des Neckars auf den Markungen Stuttgart-Cannstatt und Münster i. S. 1931 rd. 500 000 RM., zum Umbau des Hofenbahnhofs in Friedrichshafen i. S. 1931 rd. 500 000 Reichsmark, zur Einrichtung des elektrischen Betriebs auf der Reichsbahnstrecke Ludwigsburg—Stuttgart—Ehlingen 1931 rd. 7 100 000 RM. und 1932 rd. 5 300 000 RM., auf i. S. 1931 rd. 14,3 Mill. RM., i. S. 1932 rd. 11,8 Mill. RM. Unter den einmaligen Ausgaben sind hervorzuheben je 240 000 (bisher 300 000) RM. zur Förderung des Luftverkehrs, 200 000 RM. (1931) und 150 000 (1932) zur Bekämpfung der Leberegelende, 30 000 RM. zur Beteiligung an der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim 1932. Das Textil-Technikum in Reutlingen und die Milch-Forschungsanstalt in Wangen i. N. erhalten nochmals je 25 000 RM. an Staatsbeitrag.

Allgemeine Bedürfnisse

Hier liegt bei den „Verforungen und Unterstützungen“ ein sehr beträchtlicher, aber zwangsläufiger Mehrbedarf vor. Da indes hier die Minderausgaben durch Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten mit rd. 7 850 000 bzw. 7 900 000 RM. summarisch eingestellt sind, so schließt dieses Planheft insgesamt nur mit einem Zuschuhbedarf von 19 832 600 bzw. 20 964 600 RM. ab, das sind 5 882 100 bzw. 4 730 100 RM. weniger als 1930.

Steuern

Die Steuern weisen für 1931 einen Mehrertrag von 125 000 RM. auf, für 1932 ein Weniger von 425 000 Reichsmark. Es liegt eine Mindereinnahme vor aus Reichsteuern in Höhe von mindestens je 7 190 000 RM. (netto) für beide Planjahre, herrührend von Rückschlägen bei der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer. Dem steht gegenüber eine Mehrverwendung der Gebäudeeinkommensteuer für den allgemeinen staatlichen Finanzbedarf in jedem der beiden Planjahre mit rd. 6,6 Mill. RM. Um den ungedeckten Fehlbetrag im Staatshaushalt für 1931 und 1932 herabzumindern, ist die württ. Regierung genötigt, da sie die Realsteuern bereits im Jahr 1927 gesenkt hat, von der Ermächtigung des Reichspräsidenten Gebrauch zu machen und 50 v. H. des bisher für den Wohnungsbau verwendeten Teils der Gebäudeeinkommensteuer auch für den allgemeinen staatlichen Finanzbedarf in Anspruch zu nehmen.

Ruhungen des Staatsvermögens u. sonst. Einnahmeweige. Hier zeigt sich leider auch ein Rückgang von je 2 565 600 Reichsmark gegenüber 1930 auf. Der Rückgang kommt

hauptsächlich von den Forsten her, in dem sich die Mindereinnahmen beim Holzverkauf mit jährlich 6 Mill. RM. auswirken.

Außerordentlicher Dienst

Außer dem Zuschuß von rd. 4,1 Mill. RM. an den Ordentlichen Dienst erscheinen drei Ausgabenposten aus dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung:

Für die Erstellung von zwei Luftschiffhallen durch die Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H., Friedrichshafen, hat das Land Württemberg im Jahr 1929 2 Mill. RM. bereitgestellt. Die eine Halle ist inzwischen fertig, die andere, für Fahrzwecke bestimmt, noch im Bau. Da die Luftschiffe wegen der vorgezeichneten Bestimmung vergrößert werden müssen, ist auch eine Vergrößerung der Halle nötig. Dadurch entsteht ein Mehraufwand von 600 000 RM. An den Mehrkosten soll sich das Land Württemberg mit 200 000 RM. beteiligen. Das Reich stellt dem Luftschiffbau Zeppelin 400 000 RM. zur Verfügung.

Der Stuttgarter Nahverkehr bedarf dringend einer Verbesserung. Der Staat hat mit der Reichsbahngesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, wonach er dieser ein Darlehen von 8,5 Mill. RM. gewährt. Zur Einrichtung des elektrischen Betriebs auf einem Gleispaar der Strecke Ludwigsburg—Eßlingen und zu deren viergleisigen Ausbau, sowie zum zweigleisigen Ausbau der Strecke Dillingen—Leonberg.

Zur Verbesserung der Verkehrs- und Betriebsverhältnisse im Hafenbahnhof in Friedrichshafen ist i. J. 1928 der Reichsbahn ein Darlehen bis zum Höchstbetrag von 4 Mill. Reichsmark zur Verfügung gestellt worden. Der Aufwand beläuft sich aber auf 5 370 000 RM. Die Reichsbahn hat nun nachgefragt, das Darlehen um 500 000 RM. zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Unternehmens in der Seegegend wird der zusätzliche Betrag zu gewähren sein.

Der Planentwurf für 1931 und 1932 ist mit eiserner Sparlichkeit aufgestellt worden. Es bedarf des einmütigen, ernstlichen Sparwillens aller Stellen, um die Planlage ein- und den geschaffenen Ausgleich durchzuhalten.

Neue Nachrichten

Die Führer der Bergarbeiter beim Reichspräsidenten

Berlin, 6. Februar. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag die Führer der drei Bergarbeiterverbände, Kaufmann, Imbusch und Brölla. Sie erläuterten dem Herrn Reichspräsidenten einen Bericht über die gegenwärtige Notlage der Bergarbeiter, insbesondere über die für die Pensionsversicherung in der Reichsknappschaft anzutretenden ersten Schwierigkeiten. An der Besprechung nahm der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald teil.

Verhaftungen von Sonderbündlern

Ludwigshafen, 6. Febr. In Kaiserslautern und in anderen pfälzischen Städten sind zahlreiche Verhaftungen von Sonderbündlern wegen Vorbereitung zum Hochverrat erfolgt. Es handelt sich um das Wiederaufleben der alten Ziele auf Losrennung der Pfalz vom Reich. Es ist erwiesen, daß die Verhafteten mit einer französischen Zentralfelle in Mexiko seit langem in Verbindung standen. Das bisher sichergestellt Material ist dem Oberreichsanwalt übergeben worden. — Sonderbare Verhaftungsproben Frankreichs!

Auszug der Kommunisten und Nationalsozialisten aus dem Mannheimer Bürgerauschuß

Mannheim, 6. Febr. In der ersten Sitzung des neuen Bürgerauschusses kam es gestern zu erregten Szenen. Die Nationalsozialisten bestanden auf ihrem Verlangen einer anderweitigen Verteilung der Sühndung im Bürgerauschuß. Schließlich verließen sie, als ihr Antrag auf sofortige Besprechung dieser Angelegenheit abgelehnt wurde, unter Protestrufen den Sitzungssaal. Auf der Straße kam es zu erregten Ansammlungen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

In der inzwischen fortgeführten Sitzung kam es zu neuen Lärmzügen, als die Kommunisten nach Eintritt in die geheime Sitzung Offenheit der Verhandlungen verlangten. Da ihr dahingehender Antrag abgelehnt wurde, verließen auch sie den Sitzungssaal. Das Rumpfparlament führte dann seine Beratungen zu Ende.

*

Ein zweifelhafter französischer Vorschlag

Paris, 6. Februar. Die „Information“ glaubt, aus einem Aufsatz, den der französische Schriftsteller Graf D'Ormesson am Freitag in der Zeitschrift „Europa Nouvelle“ über eine deutsch-französische Verständigung veröffentlicht wird, mitteilen zu können: Frankreich solle Deutschland für die nächsten zwei Jahre die Hälfte der bedingungslosen Zahlungen des Youngplans erlassen unter der Bedingung, daß auch Amerika den Verbündeten die Hälfte ihrer Zahlungen erlasse. Zugleich fordert D'Ormesson, Deutschland solle auf ein Zwölftel seiner Ausgaben für seine Wehrmacht (im ganzen 700 Millionen Mark) verzichten, dann werde — vielleicht — auch Frankreich seine Heeresausgaben um ein Zwölftel vermindern. — Der Vorschlag D'Ormessons, der sich anscheinend zuvor mit maßgebenden Persönlichkeiten ins Benehmen gesetzt zu haben scheint, würde eine weitere Verkleinerung der Wehrverhältnisse zuungunsten Deutschlands bedeuten. Denn wenn Deutschland seine Ausgaben für sein naturgemäß viel teureres Soldatenheer, so klein es auch ist, um ein Zwölftel vermindern würde, so ist das — verhältnismäßig — durchaus nicht daselbe, wie wenn Frankreich an seinem viel billiger zu unterhaltenden Reservistenheer ein Zwölftel abstreichen würde. Und was den amerikanischen Zahlungsverzicht anlangt, so ist er erst kürzlich wieder von den maßgebenden Stellen in Washington abgelehnt worden. Amerika ist für diesen Gedanken, der sich allerdings einmal mit Naturnotwendigkeit durchsetzen muß, annoch nicht reif. Auf alle Fälle müßte Deutschland vorfragen, daß eine Verständigung mit Frankreich eine Abhängigkeit von Frankreich würde.

Frauenstimmrecht in Japan?

Tokio, 6. Februar. Die Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Erteilung des allgemeinen Stimmrechts an japanische Frauen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, vorsieht. Dadurch würden 13 Millionen neue Wähler in Japan geschaffen werden. Es wird damit gerechnet, daß die Vorlage eine Mehrheit im Parlament erhält.

Deutscher Reichstag

Ausprache zur Kanzlerrede

Berlin, 5. Februar.

Fortsetzung des Sitzungsberichts

Abg. Ulbricht (Komm.): (Die Nationalsozialisten verlassen geschlossen den Saal.) Der von der Regierung eingeleitete Ausschuss zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit bedeutet eine Verhöhnung der fünf Millionen Erwerbslosen. Von der Preisenkung habe der Reichskanzler bezeichnenderweise nicht gesprochen. Die Kosten des Youngplans werden aus den Knochen des werktätigen Volks herausgeholt. Dagegen könne nur eine Steuerlabotage helfen.

Abg. Dr. Göbbels (Nat.-Soz.): Es müsse untersucht werden, warum die Krise in Deutschland herrsche. Mit der abgedroschenen Begründung der „Weltkrise“ sei es nicht getan. Die Ausbeutung des Volks sei die Folge der Young-Politik. Das Kabinett Brüning arbeite mit Notverordnungen, das Volk aber sage: es verordnet die Not. Wie wenig das deutsche Volk hinter dieser Regierung stehe, das habe Brüning bei seiner Ostreise erfahren müssen, wo ihm sogar Hungerdiktator entgegengerufen wurde. Die Volksstimme wird einmal Gottesstimme werden. Herr Reichskanzler, haben durch eine zwölfsährige Politik die Katastrophen herbeigeführt; nicht die Nationalsozialisten sind die „Katastrophenpolitiker“. Der „Hochverrat“, den Sie der Opposition vorwerfen, wird tatsächlich von der Regierung getrieben. (Beifallskläuse der Nationalsozialisten. Ordnungsruf.) Die Katastrophe sei verschuldet durch die Politik des Systems, an der das Zentrum maßgebend beteiligt sei. Sie können an das Volk appellieren, indem Sie den nationalsozialistischen Antrag auf Reichstagsauflösung annehmen. Dann werden 180 Nationalsozialisten im Reichstag sitzen. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hält an ihrer „sturen, eigenständigen und trotigen Oppositionsstellung“. (Worte des Reichskanzlers) fest. Sie will die Macht mit gesetzlichen Mitteln erkämpfen; was sie dann mit dieser Macht anfängt, ist ihre Sache. (Als Abg. Göbbels dann von der „schonlosen Parteilichkeit des Zentrums mit dem religionsfeindlichen Marxismus“ spricht, erhält er den zweiten Ordnungsruf.) Hätte das deutsche Volk nur die Aussicht auf den Youngplan, dann könnte es verzweifeln. Wir führen es in den Kampf mit dem Ruf: Deutschland erwache! (Die Nationalsozialisten klatschen minutenlang Beifall und verlassen dann wieder geschlossen den Saal.)

Abg. Sollmann (Soz.): Die Herren Göbbels und Ulbricht könnten gemeinlich einen Salon für politische Astrologie (Astrologie?) aufmachen. Wir haben eine verheerende Wirtschaftskrise und eine Hochkonjunktur für politische Phrasen und Wunderdoktoren. Die Vertreter von 13 Millionen Deutschen, die nationalsozialistisch, kommunistisch oder deutschnational gewählt haben, konnten in diesem Haus nicht das geringste Positive leisten. Die Sozialisten und die Republikaner Deutschlands sind zur höchsten Aktivität erwacht. Dieser Winter zeigt, daß alle Versuche, ungesetzlich zur Macht zu kommen, an der politischen Vernunft und an der Kraft der Arbeiter scheitern. Der „Stahlhelm“ mit seinem Volksbegehren in Preußen, die Nationalsozialisten mit ihrem Antrag auf Reichstagsauflösung wollen neue Panikstimmung erzeugen. Nicht viele in diesem Haus werden glauben, daß dieser Reichstag vier Jahre durchhält. Aber die Volksbefragung darf nicht zum Spieß für solche Worte werden, die mit der Volksstimmung à la hausse und à la baisse spekulieren. Daselbe gilt für die kapitalistischen Schichten, die mit dem Zündstoff einer neuen Nationalversammlung und der Auszählung eines schlechteren Wahlrechts spielen. Es drohe die Diktatur des Monopolkapitalismus. Die Stunde rufe nach Führern. Diese Führung aber dürfe nur ein Ziel kennen: Deutsches Volk, deutsche Freiheit und deutsche Zukunft!

Abg. D. Schröding (Dnat.): Der Reichskanzler ist Exponent des Zentrums, also jenes Gebildes, von dem geschichtsnorisch bekannt ist, daß es heute sich als rechts ausgiebt und morgen sich als links bezeichne. Die Weltuhr hat jetzt eine Stunde geschlagen, in der für Mittelparteien kein Platz mehr ist. Die stärksten politischen Kräfte liegen heute bei den Extremen. Mit der durch und durch bräunigen Mitte ist nichts mehr zu retten. Wir werfen dem Reichskanzler vor, daß er nicht mit der nötigen Deutlichkeit die Kriegsschuldfrage in die Weltöffentlichkeit wirft. Wir mahnen ihn weiter, daß in der Entschädigungsfrage endlich etwas geschehen muß. Das war doch das Verlangen, das sich in dem großen Erfolg der Rechten bei der letzten Reichstagswahl ausdrückte. Mit der vom Reichskanzler begründeten Geschäftsordnungsänderung soll doch die Opposition mundtot gemacht werden. Können Sie den Reichstag auf und Sie werden sehr bald die Wahrheit über Theorie und Praxis der Regierungspolitik erfahren.

Abg. Dr. Kleiner (Dnat.) bedauert, daß der Reichspräsident sich unter dem verhängnisvollen Einfluß seiner Umgebung dazu hätte bestimmen lassen, den Neuen Plan und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen anzunehmen, das Polen Milliarden zur Aufrüstung gegen Deutschland schenke. Nicht die nationale Opposition habe die Annahme des Osthilfegesetzes verhindert, sondern die Regierung selbst und die hinter ihr stehenden Parteien. Es müßte eigentlich an, wenn die Regierung erkläre, sie sei außerstande gewesen, gerade das Osthilfegesetz auf dem Weg der Notverordnung in Kraft zu setzen. Daß es bei der Ostreise zu Zwischenfällen gekommen sei, sei Schuld der Träger der Erfüllungspolitik.

Reichskanzler Dr. Brüning: Der Redner hat uns vorgeworfen, daß die Mitglieder der jetzigen Reichsregierung bis 1930 nichts vom deutschen Osten gemußt hätten. Herr Kleiner, Sie sind zu jung im Parlament, um zu wissen, daß im Jahr 1927 mit Ihrer Partei zusammen eine Regierung gebildet worden ist und daß einer der ersten Schritte dieser Regierung war, auf meinen Vorschlag hin zuerst den deutschen Osten zu entschulden und dann an die Entschädigungsfrage heranzugehen. Im entscheidenden Augenblick, wenn man vor den schwersten Entscheidungen stand, sind Sie jeweils aus der Realität ausgespart. Aus Ihren Kreisen

ist in Ostpreußen verbreitet worden. Ich hätte mich um französisches Kapital bemüht, um den letzten Rest östlichen Grundbesitzes an Frankreich zu verkaufen. Mit solchen Verleumdungen und Verdächtigungen ist gegen die gearbeitet worden, die sich der Not des deutschen Ostens annahmen. Ich habe im Osten mit manchen Deutschnationalen gesprochen, die über diese Dinge ganz anders urteilten als Dr. Kleiner: (Rufe rechts: „Namen nennen!“) Es ist auch eine bedauerliche konfessionelle Sehe im Zusammenhang mit den Ostfragen getrieben worden. (Lärm und Zurufe rechts.) Glauben Sie denn, daß wir, dem Geheimrat Hugenberg folgend, eine neue Inflation herbeiführen wollen?

Die Reichstagsrede des Reichskanzlers wird von der Pariser und Londoner Presse lobend besprochen. Seine Bemerkungen über die Reparationsverpflichtungen, sagt der Londoner Daily Telegraph, seien allerdings nicht ganz leicht verständlich, zumal Brüning davon gesprochen habe, daß die Tributleistungen aus eigenen Mitteln unter Stärkung der deutschen Landwirtschaft und Industrie aufgebracht werden sollen. Vielleicht sei damit auf eine Erhöhung der deutschen Zölle auf englische Kohlen angespielt.

Württemberg

Bauernbund und Christlicher Volksdienst

Stuttgart, 6. Febr. Auf einer großen Bauernversammlung in Kirchheim-Teck führte der Landtagsabgeordnete Dr. Götz nach der „Schwäb. Tageszeitung“ aus: Die bäuerliche Bevölkerung des Landes Württemberg ist, wenn sie einig ist, so stark, daß sie etwas erreichen kann. Es ist auch unverständlich, warum immer Unterschiede gemacht werden. Man spricht von evangelischen Bauern und von katholischen Bauern, als ob Bauer eben nicht Bauer wäre. Es gibt doch auch keine katholischen und keine evangelischen Kartoffeln. Auch in der Politik soll es keine Katholiken und Evangelischen geben. Es ist ein Volksbetrug, wenn das, was Religion ist, mit Politik vermischt wird. In einer Zeit, da die Völker durch Parlamente regiert werden, ist es unmöglich, an der Politik vorbeizugehen. Es liegen die Reichstagswahlen noch nicht lange zurück, da hat das Zentrum gepredigt: „Nie wieder mit dem Sozialismus!“ Staatspräsident: Polz hat ausgesprochen, die Sozialdemokraten seien Lügner und Feiglinge. Das Zentrum aber hat es in Preußen fertig gebracht, bis heute mit den Sozialdemokraten zu regieren. So wenig aber ein Bauer sich mit den Sozialdemokraten verbinden kann, so wenig wollen wir ein evangelisches Zentrum begründen. Deshalb ist es ein großer Fehler, daß mit einer Partei neuerdings haben, die mit dem Glauben Verwirrung treibt, einen sogenannten Christlichen Volksdienst. Es ist ein Unrecht, einen Unterschied zu machen zwischen rechten und falschen Christen. Das ist ein Unfug mit dem Glauben. Das ist Ueberheblichkeit, das ist Pharisäertum. Hier werden nur höchst persönliche Angelegenheiten besorgt, indem Beamte sich durch Diäten und sonstige Vergünstigungen ihr Einkommen zu verbessern, daß sie sich wesentlich besser stellen als ein Minister.

Stuttgart, 6. Februar.

Dr. Heinz f. Zum Lamentod des Stuttgarter Rechtsanwalts Dr. Gerhard Heinz in Engadin, eines Schwiegerjohns des Ehlinger Fabrikanten Eugen Wagner, erfährt die „Ehlinger Zeitung“: Dr. Heinz ist geboren als Sohn des Studiendirektors Heinz in Stuttgart. Er studierte in Tübingen und Berlin die Rechtswissenschaft. Der Krieg rief ihn als Leutnant im Grenadierregiment 123 an die Westfront. Im Frühjahr 1915 wurde er in den Argonnenkämpfen schwer verwundet. Nach seiner Genesung wandte er sich der Fliegertruppe zu und flog zunächst im Osten. Im Frühjahr 1918 mußte er sich wegen der Folgen eines schweren Flugzeugabsturzes in die Heimat überführen lassen. Nach kurzer Tätigkeit beim städtischen Mietminderungsamt und beim Amtsgericht Stuttgart ließ sich Dr. Heinz als Rechtsanwalt in Stuttgart nieder. In den letzten Monaten wurde sein Name durch die umsichtige Führung der schwierigen Abwicklung der Zöppl- Angelegenheit genannt.

Zusammentritt des Landtags. Der Landtag wird am Donnerstag, 19. Februar, seine Vollsitungen wieder aufnehmen. Als wichtigster Gegenstand ist die Erste Lesung des württ. Staatshaushaltsplans für die Jahre 1931 und 1932 vorgezogen.

Eingaben an den Landtag. Beim Landtag sind in der Zeit vom 28. November bis 17. Januar 44 Eingaben eingegangen.

Anträge beim Landtag. Abg. Dr. Wider (BP.) hat im Landtag zwei Anträge eingebracht, von denen der eine Berücksichtigung privatwirtschaftlicher Bauten bei Verteilung der Rückflüsse aus der Hauszinssteuer, sowie eine weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft in der Richtung fordert, daß Wohnungen, die nach dem 1. Juni 1931 frei werden, vom Hausbesitzer freihändig vermietet werden können. Die Versicherungsteuer soll auf Bauparverträge nicht anwendbar sein. Der zweite Antrag will, daß bei Tumultskaden der volle Schaden in allen Fällen zu ersetzen ist und daß die Haftpflicht der tumultierenden Parteien usw. erweitert wird.

Die Entschädigung der Landtagsmitglieder und der Präzidenten beträgt für die Rechnungsjahre 1931 und 1932 je 380 000 M gegenüber 462 000 M im Vorjahr. Das Weniger von 82 000 M rührt von der Herabsetzung der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Landtags nach dem Befehl vom 23. Dezember 1930 her.

Ausbildung der Gerichtsvollzieheranwärter. Für die Ausbildung der Gerichtsvollzieheranwärter sind im Etat 1932 40 200 M eingestellt. Im Rechnungsjahr 1931 findet, wie schon im Jahr 1930, eine Ausbildung von Gerichtsvollzieheranwärtern nicht statt.

Schulgelderlösung auf 1. April. In der Denkschrift des Staatsministeriums zum Reichspargutachten steht eine wichtige Mitteilung: Eine Erhöhung des Schulgelts ist für die höheren Schulen, die Mittelschulen und die Fachschulen auf 1. April 1931 in Aussicht genommen, dagegen nicht für die gewerblichen Fortbildungsschulen, da diese Fachschulen sind. Für die Festsetzung des Schulgelts an nicht anerkannten höheren Schulen der Gemeinden soll eine Obergrenze bestimmt werden. Die Erhöhung soll, wie verlautet, ein Drittel (!) der alten Sätze betragen.

Ausgaben des Staats für die Gefangenen. In die Etats für 1931 und 1932 sind für die Gefangenen in den

Neo-Ballistol-Kleber-Armeeöl!
Vor dem Kriege patentiert im In- u. Ausland. Wird von der Haut resorbiert. Tiefenwirkung. Tatet Eiter- u. Wundheilung gen. Prosp. II u. regt Gewebensbildung hervorregend an.
Dose: 100 Gramm. (einreih.) u. für isozent. Gebrauch von Mensch u. Tier.
Specificum für Hunde:
Geg. Wunden, Verbrennungen, St. qm. Räude, Kollik, Verdauungsbeschw., Mangel an Fettstoff, Ungeheuer usw. gen. Prosp. ohne jod. Nebenwirkung. Flaschen RM. 2 65 franco. Kapseln 100 St. RM. 3 50, 50 St. RM. 1 80. Lösung 1/3, 1/4, 1/5, 1/10 kg-Kann. Watzen, gratzen fr. In Warf., Gesch., Apoth., Droz., landw. Gesch., sonst von Fabrik.
Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.

Landesstrafanstalten folgende Posten eingeseht: Verpflegung der Gefangenen 735 000 M. (weniger 45 000 M.), Unterricht der Gefangenen 15 800 M. (weniger 1700 M.), Beschäftigung der Gefangenen 1 210 000 (mehr 154 000 M.). Die Einnahmen aus der Arbeit der Gefangenen sind mit 1 995 000 Mark eingeseht. Dem Plan ist ein täglicher Durchschnittsstand von 1752 Gefangenen zugrunde gelegt gegenüber 1816 im Plan für 1930.

Das Landesarbeitsamt lehnt den Vorstehenden der Spruchkammer ab. Den Staatsholzhauern wurde voriges Frühjahr vom Arbeitsamt Nagold die Arbeitslosenunterstützung vorenthalten mit der Begründung, der abgeschlossene Arbeitsvertrag stelle einen Jahresarbeitsvertrag dar und die Holzbauer ständen während ihrer Arbeitslosigkeit dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Die Kreisleitung Stuttgart des Deutschen Landarbeiterverbandes brachte die Streitfrage bis vor den Spruchsenat der Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt in Berlin. Die Sache wurde zur anderweitigen Behandlung und zur Entscheidung an die Spruchkammer für Arbeitslosenversicherung beim Oberversicherungsamt in Stuttgart zurückverwiesen. Am 26. Dezember 1930 hat sich nun die Spruchkammer nochmals mit dieser Sache befaßt. Während der mündlichen Verhandlung stellten die Vertreter des Landesarbeitsamts eine Reihe Beweisangebote. Das Gericht führte den Beschluß herbei, daß über deren Zulassung erst bei der Gesamtberatung entschieden werden soll. Nach Verhandlung dieses Beschlusses erklärten die Vertreter des Landesarbeitsamts, im Auftrag des Präsidenten, den Vorstehenden der Spruchkammer, Oberregierungsrat Oehring, für befangen. Die Verhandlungen wurden darauf vertagt. Der Präsident des Reichsversicherungsamts hat nun über diese Ablehnung zu entscheiden.

Seldte spricht am 10. Februar in Stuttgart. Wie wir hören, wird der erste Bundesführer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Franz Seldte, am Dienstag, den 10. Februar, auf einer Süddeutschlandreise nach Stuttgart kommen und abends 8 Uhr im Festsaal der Biederhalle sprechen. Am Sonntag, 15. Februar, vormittags 11 Uhr, gelangt im „Universum“ der zunächst verbotene Stahlhelmfilm des 11. Frontsoldatentags von Koblenz zur Aufführung.

Postwertzeichen-Ausstellung Stuttgart 1931. Die Württ. Sammlervereine werden zum 80jährigen Jubiläum der württ. Briefmarke eine Postwertzeichen-Ausstellung vom 1. bis 4. Mai in den Städt. Ausstellungshallen auf dem Interimstheaterplatz veranstalten. Die geschäftlichen Angelegenheiten der Ausstellung besorgt die Stuttgarter Handelskammer, Ausstellungsgesellschaft, Stuttgart, Gewerbehalleplatz 1, Postfach 381.

Verbrennung des Schnees. Bei der Säuberung der Stuttgarter Straßen von Schnee wird in diesen Tagen erstmals eine elektrische gepulste Maschine verwendet, in deren Trichter die Schneemassen eingeschauelt wurden, um ihn als heißes Wasser zu verlassen. Zur Beseitigung der riesigen Schneemassen wurden außerdem 10 Motorpflüge, 13 Großkraftwagen und 45 Elektroarten in Dienst gestellt. Die 200 städtischen Straßenkehrer wurden durch 350 Arbeitslose unterstützt. 1000 Zentner Salz wurden ausgestreut. Der starke Schneefall hat eine außerordentliche Ausgabe von 4000 Mark täglich verursacht.

Aus dem Lande

Waiblingen a. E., 6. Februar. Vermißt wird seit 2. Februar abends 9 Uhr der ledige Weber Emil Reichert, geboren am 6. Januar 1884 in Ulmweil (Schw.). Reichert war in den Schwäbischen Textilwerken am Reichsbahnhof beschäftigt, wohnte aber in Waiblingen im „Löwen“. Er litt an epileptischen Anfällen.

Fellbach, 6. Februar. Todesfall. Am Mittwoch früh verschied nach kurzer Krankheit im 85. Lebensjahr Oberlehrer a. D. Andreas Haller. Der Verstorbene war als tüchtiger und erfolgreicher Lehrer in Dettingen (Hohenz.) und Rohrdorf tätig, wurde dann Hausvater an der Wilhelmsschule in Pflüningen und war zuletzt Oberlehrer im Markgröninger Waisenhaus. Im Jahr 1870 marschierte er mit dem 5. Regiment aus und kämpfte in den Schlachten bei Wörth und Willems mit.

Reutlingen, 6. Febr. Todesfall. Am Mittwoch ist hier Fabrikant Gustav Böppe, Teilhaber der Firma Mech. Frotierweberei Weisert und Böppe, 46 Jahre alt, aus dem Leben geschieden.

Kleiningersheim O. A. Besigheim, 6. Februar. Ein Pferdeseufwerk über die Weinbergmauern abgestürzt. Am Donnerstag wollte Landwirt Karl Blum, nachdem er einen Wagen Mauersteine in seinen Weinberg verbracht, auf dem schmalen Weinbergweg den Wagen umkehren. Dieser kam jedoch auf dem frischefallenen Schnee ins Gleiten und stürzte samt Pferd rückwärts über die hohen Weinbergmauern hinunter bis zum Wiesental. Eines der Pferde war sofort tot, das andere (E. Melch) gehörig mußte erschossen werden.

Heilbronn, 6. Febr. Todesfall. Am Donnerstag nachmittag starb nach kurzer schwerer Krankheit Landtagsabgeordneter, Studienrat Gauk im Alter von 63 Jahren. Er stammt von Dusingen O. A. Münsingen, wurde 1895 zum Priester geweiht und kam im gleichen Jahr nach Heilbronn. Sein Nachfolger im Landtag ist Landwirt Ruhn in Markloch O. A. Künzelsau.

Leffnang, 6. Febr. Ein seltsames Ende fand kürzlich der Hund eines hiesigen Metzgermeisters. Es handelte sich um einen guten Treibhund, einen Appenzeller, der schon acht Jahre seinen Dienst gut erfüllt hatte. Als eine Sau an der Schlachtbant Schwierigkeiten machen wollte, sprang der Hund hinzu, und im nächsten Augenblick hatte er den tödlichen Schlag erhalten. Es dürfte dies der erste Hund gewesen sein, an dem der Trichinenschauer sein Amt ausübte.

Friedrichshafen, 6. Februar. Wegen Schmuggels verhaftet. Von Beamten der österreichischen Zollstelle in Unterhochsteg, am Grenzübergang zwischen Lindau und Bregenz, wurden der Chauffeur einer hiesigen Autovermietung und ein Geschäftsmann von hier verhaftet. Beide hatten versucht, Seidenstoffgewebe nach Oesterreich zu schmuggeln. Die beiden Insassen sind in das Untersuchungsgefängnis nach Feldkirch verbracht worden, während der Kraftwagen beschlagnahmt und in Bregenz in Verwahrung genommen wurde.

Vom bayerischen Allgäu, 6. Februar. Der Zeitvertreiber des Arbeitslosen — Zunahme der Grippeerkrankungen. Ein Arbeitsloser in Füssen hat auf einer Postkarte in 115 Zeilen 5413 Worte, eine ganze Romanfortsetzung, untergebracht; auf den Raum einer Briefmarkenrückseite hat er siebenmal das Vaterunser geschrieben. — Im Stadtbezirk Rempten nehmen die Grippeerkrankungen weiter zu. Bei der Ortskrankenkasse Rempten-Stadt betragen die Zugänge bis zu 50 im Tag. Aus dem Bezirk der Ortskrankenkasse Rempten-Land wird ein Steigen der Riffeln aus Kotteln, Markt Oberdorf und Immenstadt gemeldet.

Pforzheim, 6. Febr. Todesfall. Der Senior-Chef des Pforzheimer Anzeigers, Hauptschriftleiter und Verleger Johannes Bode, ist in Heidelberg, wo er Heilung suchte, gestorben.

Der Ehrenvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei in Baden, Landtagsabg. Fabrikant Gustav Habermehl, ist am Mittwoch nach kurzer Krankheit gestorben.

Lokales

Wildbad, den 7. Februar 1931.

Vom Schilsporf. Die Ortsgruppe Pforzheim des Ski-Klub Schwarzwald hält am Samstag, den 7., und Sonntag, den 8. Februar, ihre diesjährigen Lang- und Sprungläufe auf dem Sommerberg bei Wildbad ab. Die Langläufe der Herren- und Jungmannenklassen finden schon am Samstag nachmittag 3 Uhr statt, während am Sonntag die Damenläufe um 9.30 Uhr und das Springen an der Sommerbergschanze um 11 Uhr stattfinden. Zu den Wettläufen haben sich eine Anzahl guter und bekannter Käufer und Springer gemeldet, sodaß die Zuschauer auf ihre Kosten kommen werden.

Schi-Sonderzüge. Am Sonntag verkehren neben den Fahrplanmäßigen Zügen drei Sonderzüge und zwar mit Ankunft Wildbad morgens 8.10 Uhr, mit Abfahrt Wildbad abends 19.05 Uhr und 22.00 Uhr.

Die Hausfrau hat das Wort! Die Firma Pfannkuch bringt mit dem heutigen großen Inserat eine ganz neue Art der Werbung! Die Firma stellt an die tausend- und abertausend Kundinnen verschiedene Fragen, die möglichst eingehend beantwortete, oder — besser noch — erläutert werden sollen. Nicht gedient ist mit allgemeinen Liebenswürdigkeiten, sondern man möchte die tatsächliche Meinung und Ansicht der Kundenschaft wissen, um daraus Anregungen zu schöpfen und wirkliche Verbesserungen treffen zu können. Also: Jeder kritisiere seine Fiktale! Die besten Anregungen werden mit 50 wertvollen Preisen prämiert! Außerdem gelangen 500 Trostpreise zur Ausschüttung.

Schauspielhaus Pforzheim. Sonntag nachmittag 3.30 Uhr wird die volkstümliche Operette „Der fidele Bauer“ zum ersten Male zu kleinen Preisen gegeben.

Verjuchsbällone. Vom 9. bis 14. Februar d. J. steigen an vielen Orten Europas (auch in Deutschland) zu wissenschaftlichen Zwecken unbemannte Verjuchsbällone auf. Der Finder eines solchen Ballons wird gebeten, ihn samt dem daran befindlichen Schreibgerät sorgfältig zu behandeln und nach der am Ballon oder am Gerät befindlichen Anleitung zu verfahren. Ausländische Ballone müssen gerade so behandelt werden wie die deutschen. In der Regel zahlt die den Ballon absendende meteorologische Anstalt dem Finder eine angemessene Belohnung. Die Ballone sind mit dem leicht brennbaren Wasserstoff gefüllt, daher ist Vorsicht geboten. In Zweifelsfällen wende man sich an die nächste Ortspolizeibehörde oder an die Württ. Landeswetterwarte in Stuttgart.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Das Testament der Königin von Schweden. Wie sich nachträglich herausstellt, verliert Prinz Lennart von Schweden nach dem Wortlaut des Testaments der verstorbenen Königin das Erbrecht auf Schloß Malmau sowie auf alle Schmuckstücke, die Königin Viktoria ihm vermacht hat,

wenn er eine uneheliche Ehe eingeht. Das Erbe wird in diesem Fall einer Stiftung zufallen. Prinz Lennart besitzt persönlich ein bedeutendes Vermögen, das ihm von Verwandten seiner Mutter zugefallen ist. Der König von Schweden hat sich bekanntlich gegen die geplante Ehe mit der Kaufmannstochter ausgesprochen.

Aktwahl an der Universität Gießen. Bei ungewöhnlich starker Beteiligung von 80 v. H. gegen rund 65 v. H. im Vorjahr brachten die Wahlen zum allgemeinen Studentenausschuß an der Universität Gießen den Nationalsozialisten die Mehrheit. Ihre Stimmenzahl stieg von 403 auf 745, so daß sie statt 9 Sitze deren 14 erbalten. Die Großdeutschen gingen von 520 auf 461 zurück und erbalten 8 Sitze, bisher 12, die Republikanische Arbeitsgemeinschaft erhielt 136 (168) Stimmen und 3 Sitze.

Wuppertal spart 100 Volksschulklassen ein. Die städt. Kollegien in Wuppertal (Barmen-Eibfeld) haben beschlossen, die Schülerzahl in den einzelnen Klassen von 38 auf 43 zu erhöhen. Hierdurch kommen etwa 100 Volksschulklassen in Wegfall, was in den kommenden Jahren eine Gesamtersparnis von über 600 000 Mark erbringen wird. Bereits im laufenden Jahr sollen 190 000 Mark erspart werden. Dazu kommen weitere erhebliche Einsparungen durch Abbau der Hilfslehrkräfte und durch anderweitige Verwendung freierwerdender Schulgebäude. Die erledigten Lehrer- und Lehrerinnenstellen sollen eingezogen werden.

Alois Lang vor dem Arbeitsgericht. Der bekannte Obermergauer Christusdarsteller Alois Lang, der vor einiger Zeit vom Arbeitsgericht München verurteilt wurde, an vier Zimmermädchen, die ihn wegen Nichtzahlung der tariflichen Bezüge verklagt hatten, 2207 Mark nachzuzahlen, hat heute vor dem Landesarbeitsgericht mit den Klägerinnen einen Vergleich abgeschlossen, wonach er sich verpflichtet, innerhalb einer Woche, nachdem der Vergleich Rechtskraft erlangt hat, die Summe von 1600 Mark zu zahlen.

Anschlag auf einen Reichsbahndirektor. Im Gebäude der Berliner Reichsbahndirektion am Schöneberger Ufer 1-4 drang am Freitag mittag gegen 1 Uhr ein Mann namens Freese in das Zimmer des Reichsbahndirektors Jander ein und gab mehrere Schüsse ab, die den Beamten Scherer verletzten. Der Täter tötete sich dann selbst durch einen Kopfschuß. In seiner Tasche fand man einen an die Polizei gerichteten Brief, in dem Freese erklärt, er sei mit der Absicht in das Gebäude eingedrungen, den früheren Deserteur für Unfallrenten, den Reichsbahndirektor Rattat zu töten und sich dann selbst das Leben zu nehmen. Freese fühlte sich in bezug auf seine ihm gewährte Rente benachteiligt und zurückgesetzt. Er bat weiter, daß man die Schüsse, die er in der Tasche habe, seinen Angehörigen übermitteln und ihnen von seinem Tod Kenntnis geben möge. Da nach seiner eigenen Angabe kein Attentat dem Direktor Rattat galt, ist der Direktor Jander, ein Mann von 59 Jahren, als ganz Unbeteiligter das Opfer geworden. Der Zustand Janders ist bedenklich. Freese war früher Fahrkartenspieler und später Rentner.

„Miß Europa“. Bei der am 5. Februar in Paris vorgenommenen Wahl der „Schönheitskönigin von Europa“ fiel die Wahl unter den Schönheitsköniginnen der verschiedenen Länder selbstverständlich auf die „Miß France“.

Geburtenzunahme in Frankreich. Die französische Bevölkerungsstatistik weist die Zahl der Lebendgeborenen in Frankreich im Jahr 1930 mit 188 701 aus gegen 186 831 im Jahr 1929. Die Zahl der Todesfälle im Jahr 1930 betrug 144 318 gegen 149 327 im Jahr 1929. Der Geburtenüberschuß belief sich im Jahr 1930 also auf 44 383 gegen 37 504 im Jahr 1929.

Wetter

Ueber Irland und Italien liegt Tiefdruck, über Spanien und Skandinavien befinden sich Hochdruckgebiete. Unter diesen Umständen ist für Sonntag und Montag noch mehrfach bedecktes, aber nur zu zeitweiligen Schneefällen geeignetes Wetter zu erwarten.

Evangelischer Gottesdienst:

Sonntag Segagesimä, den 8. Februar 1931.
9.45 Uhr Predigt (Text: Luc. 51-57; Lied 98) Stadtpfarrer Dauber.

10.45 Uhr Kinder Gottesdienst.
1 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtpfarrer Dauber.
5 Uhr Bibelfunde und Gemeindefingstunde Stadtvicar Hessler.

In Sporkenhaus.

10 Uhr Predigt, anschließend Christenlehre Stadtvicar Hessler.

Donnerstag, den 12. Februar 1931.
8 Uhr abends Bibelfestabend (1. Thessalonicherbrief) im Gemeindefaal.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag Segagesimä, Festfeier von Mariä Lichtmess.
7.15 Uhr Frühmesse, 9.15 Uhr Kerzenweihe, Kerzenprozession und Amt. Nach dem Amt wird der Blasiussegen erteilt, 2 Uhr Andacht, hernach Mütterverein.
Werktags: 7.30 Uhr hl. Messe, Montag keine hl. Messe.
Weidte: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag und Werktag vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonntag und Werktag bei der hl. Messe, Montag nicht.



Schützen-Verein Wildbad

Am Samstag den 7. Februar 1931 findet unser

Familien-Abend

im Hotel „Rühler Brunnen“ statt. — Wir laden hiezu unsere Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder freundlichst ein.

Beginn 8 Uhr.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. Auswärtige Gäste können nur nach vorheriger Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Das Schützenmeisteramt.

Bestellungen

auf prima
Düngeralkali

und alle andere künstlichen
Düngemittel

sowie auf
Torfmuld

bestes humusbildendes
Streu- und Düngemittel

nimmt entgegen
Karl Schober

Gartenbaubetrieb.

Wer sucht

1.-3. Hypotheken **Geld**
und Darlehen

der wende sich unter T. R.
Nr. 31 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Schöner großer
Laden

ist per 1. April
zu vermieten.

Haus Schmid, König-Karlstr. 19

Straßensperre.

Die Olgastraße, von der neuen Steige bis zur Kernerstraße ist ab Montag, den 9. ds. Mts. wegen Ausführung von Grabarbeiten, für sämtliche Fahrzeuge bis auf weiteres gesperrt.

Die Umleitung erfolgt durch die Kernerstraße.
Wildbad, den 7. Februar 1931.

Bürgermeisteramt.

Gasthaus zur Eintracht

Heute und morgen
Mebelsuppe

wozu freundlichst einladet
W. Wurz.



Sitzung des Gemeinderats
am Dienstag den 10. Febr. 1931, nachm. 2 Uhr.
Tagesordnung:

1. Schneefall, Holzfall im Stadtwald.
2. Hauswirtschaftsunterricht in Sprossenhaus.
3. Beitrag zu einem Sauerstoffapparat für die Sanitätskolonne.
4. Sonstiges.

Das Schwimmbad
ist am Samstag und Sonntag geöffnet

Horst-Walter, Julius

Ein gesunder, kräftiger Stammhalter ist angekommen.
In dankbarer Freude

Walter Wurz und Frau Hedwig.

Wildbad, 7. Februar 1931.



Wintersportverein
Wildbad.

Sportprogramm
für Sonntag, den 8. Februar 1931.

10.30 Uhr vorm.: Start zu den Vereinsläufen von 6 km, 4 km, 3 km und 2 km beim Sommerberghotel.

3 Uhr nachmittags: Faschaubenrennen auf der Schiwiese.

Das Lokal zur Preisverteilung wird auf dem Sommerberg bekannt gegeben.

Zum Besuch und zur Teilnahme wird freundlichst eingeladen.
Der Ausschuss.

U.S.D.A.P.
Ortsgruppe Wildbad.

Am Sonntag mittag 2.30 Uhr findet ein

Propagandamarsch

der S.-A. statt.

Wohnung

mit 5 bis 6 Zimmern
zum 1. April zu mieten gesucht.

Angebot umgehend mit Preisangabe unter G. R. 29 an die Tagblattgeschäftsstelle.

Linden
Lichtspiele

Samstag, 7. Februar
Sonntag, 8. Februar
jeweils abends 8.30 Uhr

Zwei rote Rosen

In 7 Akten
mit Liane Haid
und Harry Halm
in den Hauptrollen

Hoheit Inkognito

in 7 Akten

Jugendliche haben
keinen Zutritt

Ihre Arbeitskraft

wächst, wenn Sie in der trockenen Luft geheizter Arbeitsräume die bewährten „Kaiser's Brust-Caramellen“ gebrauchen. Über 15000 beglaubigte Zeugnisse sprechen für die großen Erfolge. Weisen Sie Nachahmungen zurück und verlangen Sie stets die echten

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen



Zu haben bei: Stadtpothke H. Stephan; Eberhard-Drogerie K. Plappert; Wilhelm Bött; Emilie Hammer; Ludw. Kappelmann; C. Aberle, Inh. C. Blumenthal u. wo Plakate sichtbar.

Die Hausfrau hat das Wort!



Tausende und aber Tausende von Hausfrauen decken ihren Bedarf täglich in den

Pfannkuch-Fillialen

Es interessiert uns nun, zu hören, ob und inwieweit die Hausfrauen (ob Kunden oder nicht) mit uns zufrieden sind. Beantworten oder erläutern Sie uns bitte folgende Fragen:

1. Warum sind Sie unser Kunde?
2. Was gefällt Ihnen besonders gut bei uns?
3. Bedient unser Personal Sie zu Ihrer Zufriedenheit?
4. Was wünschen Sie geändert?
5. Waren Sie etwa schon unser Kunde und warum blieben Sie fort?
6. Warum sind Sie noch nicht unser Kunde?
7. Was beanstanden Sie oder was mißfällt Ihnen bei uns?

Geben Sie uns bitte Ihre Anregungen, wir freuen uns, denselben stattgeben zu können. — Für Ihr Interesse bedanken wir uns mit:

10 ersten Preisen: je 1 Speise-Service, 23 teilig
je 1 Kaffee-Service, 15 teilig
10 zweiten " je 1 Besteck, 100 Gramm versilbert, 3 teilig
10 dritten " je 2 Alpaca-Bestecken, 3 teilig
10 vierten " je 1 Alpaca-Besteck, 3 teilig
10 fünften " in Form eines Gutscheines, der Sie berechtigt, bei Ihrem nächsten Einkauf doppelte Rabatmarken zu verlangen. Benützen Sie diese Gelegenheit, Ihre Wünsche zu äußern und unterstützen Sie unseren **"Dienst am Kunden"**

Sämtliche Einsendungen erbitten wir uns bis spätestens 23. Februar 1931 in einem Briefumschlag, verschlossen mit der Aufschrift „PREISFRAGE“ an unsere Zentrale, Karlsruhe, Oberleitstr. 14, falls Sie diese nicht in der Sie bedienenden Filiale abgeben wollen

Pfannkuch
Werbe-Abteilung

Trefzger
MÖBEL

Eine Spitzenleistung

sind unsere neuen Modelle in Qualität, Formschönheit und Preis. — Einige Beispiele aus unseren Schaufenstern

Pforzheim / Schloßberg 19

überzeugen Sie bereits von unserer Leistungsfähigkeit

Schlafzimmer in Kanad. Birke pol., komplett RM. 895.-

Speisezimmer in Kauk. Nußbaum komplett RM. 695.-

Herrenzimmer in Nußbaum pol. komplett RM. 850.-

Süddeutsche Möbel-Industrie Gebr. Trefzger G. m. b. H., Rastatt

Zur Konfirmation

Schwarze und weiße

Wollstoffe

Seidenstoffe

Lindener Kleidersamte

Kunstseidenstoffe

Kaufhaus

wästliche Karl-Friedrich-Straße 27



Schwarze und blau

Anzugstoffe

Weiß und farbige

hemdenstoffe

in Zefir, Popeline und Trikolin

Spezial-Abteilung für Berufskleidung

SOMMER Pforzheim

Größtes Stoffspezialgeschäft am Platze

gegenüber dem Schauspielhaus

Hausverkauf.

In bester Lage Wildbads ist die Hälfte eines Geschäftshauses, bestehend aus größeren Barterre-Räumlichkeiten, vier Zimmer Küche und Zubehör zu verkaufen

Best. Angebote unter Nr. 206 an die Tagblattgeschäftsstelle

Wer verkauft sein Haus

entl. mit Geschäft oder sonst. Anwesen hier oder Umgebung? Nur Angebote direkt vom Besitzer unter V. 15 an den Verlag der „Bermiet- und Verkaufszentrale“, Frankfurt a. M., Goetheplatz 22.

Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei **GESCHW. FLUM** Bad- und Papierhandlung.

Schauspielhaus Pforzheim

Sonntag, den 8. Februar 1931
Nachm. 3.30 Uhr — Zu kleinen Preisen
Zum ersten Male

Der fidele Bauer

Operette in 3 Akten von Fall
Beginn 3.30 Uhr — Ende 6.15 Uhr

Jetzt bedeutend billiger bei uns!

Fertige Betten

Gerein. Bettfedern graue Pfd. M. 0.80, 1.10, halbw. Flaumrupf M. 2.90, weiße Schleißfed. M. 3.20, weiß. Halbdaunen M. 4.80, 6.80, Daunen 8.80. Große Ober- oder Unterbetten M. 13.—. Ia. in echt rot M. 26.—. Kissen dick gefüllt M. 4.80, Ia. echt rot M. 7.80. Von 9 Pfd. portofrei! Bei Nichtgefallen Geld zurück. / Muster und Katalog gratis.

Bettfedernversand M. Mühlbacher, Heidmühle 511 bayr. Wald (böh. Grenze).

Denkt an die hungernden Vögel!